

„Segensreich beschäftigt“

Forschung über illegale Ausländer / Von Mechthild Küpper

BERLIN, 17. Januar. Eine erste Bilanz zum Thema Migration und Illegalität hat die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte „Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration“ (AKI) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vorgelegt. Das Forschungsvorhaben – Ende 2003 begonnen – ist auf drei Jahre angelegt. Im Grußwort des damaligen Bundespräsidenten Rau heißt es, manches aus der wissenschaftlichen Forschung über Integrationsprozesse sei noch zu wenig bekannt, in den Wissenschaften selbst, aber auch in der Politik und der Öffentlichkeit.

Die Forschungslage zu den Illegalen sei unbefriedigend, sagten die Leiterin der Gruppe, Karen Schönwälder, und der Hochschullehrer Klaus Bade, der Mitglied der Steuerungsgruppe der AKI ist: „Systematische wissenschaftliche Untersuchungen der illegalen Migration und der Hintergründe und Lebensumstände von illegal in der Bundesrepublik lebenden Ausländern“ seien rar. Seriöse Aussagen über die Zahl der illegal in Deutschland lebenden Migranten seien nicht zu treffen. Allenfalls seien begründete Annahmen zu formulieren, wie etwa die, daß die Zahl der Illegalen zwischen dem Zusammenbruch des Ostblocks und 1996 gestiegen sei, seither jedoch wegen effizienter Grenzsicherungen stagniere. Es sei aber sehr wohl möglich, die Zahl der illegal hier lebenden Ausländer seriös zu ermitteln. Allgemein werde angenommen, daß der illegale Aufenthalt von Ausländern gravierende Schwierigkeiten mit sich bringe, die eine politische Intervention erforderten. Doch sei die Vermutung, billig, weil schwarz arbeitende Illegale nähmen Einheimischen die Arbeitsplätze weg und verdürben ihnen die Löhne, falsch. In den Vereinigten Staaten etwa hätten empirische Studien keine Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigung der einheimischen Arbeitskräfte gezeigt. In Deutschland würden Illegale vor allem im Baugewerbe und in privaten Haushalten beschäftigt; wobei staatliche Kontrollen ausschließlich auf dem Bau und auf Druck der Gewerkschaften stattfänden.

„Politisches Handeln erfolgt heute auf Grundlage großer Ungewißheit“, heißt es in der Bilanz.

Illegalität ergibt sich nach Ansicht von Bade nicht von selber, sie entstehe vielfach auf „Angebotsstrukturen des Arbeitsmarkts“ hin. In Zukunft würden in Deutschland noch viel mehr Menschen als heute auf – bezahlbare – Hilfe privater ausländischer Pflegekräfte angewiesen sein. Viele Illegale seien schon jetzt in diesem Sektor „sehr segensreich beschäftigt“, viele Deutsche seien „Nutznießer der Illegalität“, und sei es nur durch die „Verbilligung von Dienstleistungen“ etwa in der Gastronomie. Gesellschaft und Politik sollten Bades Ansicht nach mit mehr „Gelassenheit und Pragmatismus“ auf „Anormalität“ reagieren. Der Grad der informellen Integration der illegalen Einwanderer, etwa beim Spracherwerb und der Anpassung an Sitten und Gebräuche, sei zum Teil hoch. Leistungen des Sozialstaats würden von den Illegalen nicht in Anspruch genommen, da sie keine Leistungen beanspruchen dürften.

Einen signifikanten Zusammenhang zwischen illegaler Migration und Kriminalität gibt es nach Auffassung des AKI in Deutschland nicht – wenn man von den Statistiken absieht, in denen sie wegen ihrer Verstöße gegen das Ausländerrecht als Tatverdächtige geführt werden. Die Lebenslagen der illegal hier lebenden Ausländer seien so vielfältig wie die Migrationsmotive. Zu Illegalen werden „Arbeitssuchende, Flüchtlinge, Studierende, Au Pairs, Kinder oder ältere Menschen, die bei ihren in Deutschland ansässigen Familien leben wollen“. Oft sei Illegalität kein dauerhafter Zustand, es gebe Anhaltspunkte für die Annahme, daß die meisten Illegalen sich nur begrenzte Zeit in Deutschland aufhielten.

Die Forscher des AKI sprechen sich dagegen aus, den illegalen Aufenthalt „durch eine Legalisierung zu prämiieren“, wie Bade formulierte, doch soziale Ausgrenzung sei durch Legalisierung zu lindern. Möglicherweise seien illegal Beschäftigte damit in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren.